

PROTOKOLL:

Doppeltes Mandat: Workshop mit Fr. Dr.ⁱⁿ Moser Michaela

Auseinandersetzung mit der Wohnungssicherung im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen und AuftraggeberInnen

Nach einem kurzen Input zum Thema durch Fr. Dr.ⁱⁿ Moser wurden wir aufgefordert, unser individuelles Verständnis zum doppelten Mandat zu erläutern, bzw. daraus resultierend eine Frage zu formulieren.

Folgende Fragen kamen von den TeilnehmerInnen:

- Wie kann eine Einrichtung in diesem Spannungsfeld dazu gebracht werden, zu reflektieren und Perspektiven zu entwickeln?
- Spannungsfeld: Geldgeber – Vermieter- Klient: Wem sind wir verpflichtet, wie kann eine gute Abgrenzung passieren?
- Sozialarbeiter werden immer mehr zum Vollzugsorgan = Handlanger des Staatssystems?
- Wie kann der Staat wieder mehr in die Verantwortung genommen werden?
- Suche nach Modellen, um gutes Leben für alle zu ermöglichen
- Wie kann man nach OBEN transportieren, dass die veränderten Rahmenbedingungen gute Arbeit immer schwerer machen?
- Was können wir dem „Rechtsruck“ unserer KlientInnen entgegensetzen und damit auch verhindern, dass sich nicht nur unsere Bedingungen sondern auch die Lebensbedingungen unserer KlientInnen verschlechtern?
- Wie weit hat man als SozialarbeiterIn überhaupt noch Macht, politisch zu handeln?
- Ökonomie – Organisation – KlientIn – private Unterstützer, Spendengeber: Staat wird aus der Verpflichtung genommen
- Konflikt, dass Sozialarbeit messbar sein muss – Richtlinien werden von den Fördergebern vorgegeben
- Unsere Arbeit ist vielfach „Feuerwehr zu spielen“ – es fehlt die Position, politische Veränderungen herbeizuführen
- In Existenzkrisen ist es schwer über „gutes Leben“ zu philosophieren

Einwurf Fr. Dr.ⁱⁿ Moser: Ethik in der Sozialarbeit: Durch unsere Profession entsteht der Auftrag, gesellschaftliche Verhältnisse aufzuzeigen und mit zu verändern – über gutes Leben zu philosophieren gibt die Möglichkeit, über den Tellerrand hinauszudenken und das auch zu kommunizieren.

Im nächsten Schritt werden die am häufigsten gestellten Fragen zusammengefasst:

Wie können wir Alternativen „schräg“ denken und umsetzen?

Wie können wir Rechtsruck allgemein aber auch unter unseren KlientInnen entgegenwirken?

Wie kann der Staat bezüglich Wohnrecht wieder mehr in die Verantwortung genommen werden?

Wie können wir mit dem ökonomischen Druck im Sozialbereich umgehen und was dem entgegensetzen?

Unsere (auch schrägen) Lösungen (manche werden schon umgesetzt) und ev. Einwände und Bedenken dazu

- Politik gute Lösungen präsentieren (z.B. Finnland)
- ExpertInneninterviews zum Thema in Zeitungen veröffentlichen
- Politiker zu Tagungen einladen
- KlientInnen auffordern, Brief zu schreiben = aktiv zu werden (Einwand: sind zu schwach und machtlos, um sich alleine zu wehren)
- Im Privatbereich Initiativen unterstützen, politisch agieren
- Verantwortung zurückgeben – Gemeinden in Verpflichtung nehmen (Einwand: Dann passiert nichts)– KlientInnen z.B. zum Bürgermeister schicken
- Auch mal nein sagen: Wohnung kann nicht gesichert werden (Ergebnis: KJH hat Geld aufgestellt, um Wohnung zu sichern)
- Aktionismus: Landesregierung mit Obdachlosen besetzen
- Aktive Verstärkung von Verbänden, wie BAWO, ATTAC, Armutskonferenzen- diese mit Fakten versorgen, aber auch als Sprachrohr nach oben nutzen
- Banken verpflichten, nicht auf Gelder zuzugreifen, bevor die Fixkosten bezahlt sind
- AMS soll am 01. Des Monats auszahlen
- Umdenken in Richtung Gemeinwohlökonomie z.B. Delocent soll vom Vermieter eingehoben werden (pro m² ein Cent)
- Deutlich machen: Weniger Sozialstaat ist mehr Polizeistaat
- Leerstand von Wohnraum: Deloeuro einheben
- Schulung der Organisation durch Wirtschaftsfachleute, oder jemanden für diesen Bereich einstellen
- Gegen Rechtsruck: Im Team Strategien entwickeln, FH soll dieses Thema aufgreifen, Politische (Fort)Bildung

Protokolliert von Ingrid Ulrich.